

Fratelli e sorelle tutti

Die Sozialenzyklika aus islamischer Sicht



In der von Papst Franziskus verfassten Enzyklika *Fratelli tutti* steht zum ersten Mal ein Nichtchrist, ein Muslim, Pate: Großimam Ahmad al-Tayyeb. Ein solch mutiger Schritt ist ein friedensstiftender und lösungsorientierter Impuls in einer Welt, die vor zahlreichen neuen Herausforderungen steht und in der die Kluft zwischen den christlichen und islamischen Ländern immer größer wird. Die Enzyklika leistet einen wertvollen Beitrag für den religiösen Diskurs, nicht zuletzt zeigen ihre existenziellen Ansätze, wie sehr die positiven Potentiale von Religionen dem Nutzen aller dienen können. Leider kommen die Frauen bei Papst Franziskus zu kurz.



Saida Mirsadri

1. Ein kluger Schritt in einer kritischen Zeit

Die neue Enzyklika von Papst Franziskus, *Fratelli tutti*, erscheint zu einem kritischen Zeitpunkt, an dem wir einerseits mit zunehmender Islamophobie und der damit wachsenden Fremden- und Islamfeindlichkeit in der westlichen Gesellschaft, andererseits mit Islamismus und Salafismus und damit verbundenen Hassreden von der Kanzel konfrontiert sind. Darüber hinaus stehen wir dem erschreckenden Phänomen wachsender rassistischer, nationalistischer und rechtspopulistischer Entwicklungen in der ganzen Welt gegenüber, in und von denen die Religionen instrumentalisiert werden. Daher ist das vorliegende päpstliche Dokument von äußerster Wichtigkeit im gegenwärtigen kritischen politischen Klima, da es zu einer Zeit erscheint, in der „Religion“ erneut in den Vordergrund gerückt wird, um wieder für politische Interessen genutzt zu werden. Das Ziel scheint hier zu sein, einen „Kampf der Zivilisationen/ Kulturen“ zu provozieren, in dem „religiöse Positionen“ missbraucht werden, um einen aggressiven Diskurs über kulturelle, nationale, ethnische und sogar rassistische Überlegenheit zu befeuern.

In den USA wurde ein Reiseverbot erlassen, das im Wesentlichen ein „Verbot für Muslime“ ist, das Land zu betreten. In Indien gibt es – ermutigt durch einige religiös-nationalistische Tendenzen – Gesetze, die Muslimen die Staatsbürgerschaft streitig machen. In Frankreich betreibt Präsident Macron als Reaktion auf Verbrechen, die „im Namen des Islam“ begangen werden, eine zwar gemeinwohldienliche, aber oft missverstandene Politik: Unter der Prämisse des „Islam des Lumières“ (Islam der Aufklärung)¹ ist u. a. ein Gesetz verabschiedet worden, das durch zahlreiche Maßnahmen, islamisch geprägte Parallelgesellschaften einhegen will,

die bisweilen Brutstätten religiös motivierter Gewalt sind. Zwar betont die französische Regierung, dass sich dieses Gesetz nicht gegen eine bestimmte Religion richte, doch wird dies angesichts des politischen Kontextes oft anders wahrgenommen. Dem Präsidenten wird gelegentlich vorgeworfen, nur unzureichend zwischen Islam und Islamismus zu unterscheiden, die islamische Welt durch entsprechende Äußerungen (der Islam stecke weltweit in einer Krise) zu diskreditieren und durch offensive Verteidigung des Rechts auf blasphemische Karikaturen religiöse Gefühle zu verletzen. All dies heizt antiwestliche Strömungen in den muslim-

¹ Dazu mehr unter: <https://www.euronews.com/2020/11/02/macron-and-islam-what-has-the-french-president-actually-said-to-outrage-the-muslim-world>. Dies soll keineswegs die Tatsache leugnen, dass es in den muslimischen Ländern viele Probleme gibt. Die Muslime leiden zweifellos unter autoritären Regimen; sie sind vieler Rechte beraubt und müssen für sie kämpfen. Die Frage ist jedoch, ob Macron diese Forderung so moralisch erheben darf, wie er es tut. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass dieser Präsident der Vertreter eines Staates ist, der eine lange Geschichte der blutigen Kolonialisierung – mit all ihren Komponenten von Rassismus, Unterdrückung, Ausbeutung von Ressourcen usw. – hat. Und die Länder, über die er spricht, haben jahrzehntlang, wenn nicht jahrhundertlang unter ihnen gelitten – und am Ende ihre Freiheit und Autonomie zum Preis von Millionen von Leben gewonnen. Indem man die komplexe Krise in den muslimischen Ländern auf „die Religion“ reduziert, muss man als Ex-Kolonisator seinen historischen Anteil dort leugnen. In einem solchen Licht kann man daher die Aussagen des französischen Präsidenten als Rede eines „Neokolonisators“ über die Ex-Kolonisierten lesen. So kann der Zorn und Hass, den eine solche Aussage hervorruft, verstanden werden.